

Zukunft ist Erfahrung plus Mobilität

Ergebniskonferenz des EU-Projekts Promoting Intra-European Mobility
for Elderly

13. Oktober 2005, Rotes Rathaus, Berlin

BERLINER MANIFEST (ENTWURF)

Wir – die TeilnehmerInnen, Organisatoren und BegleiterInnen des EU-Projekts „Promoting Intra-European Mobility for Elderly“ aus den Partnerländern Italien, Griechenland, Finnland und Deutschland – veröffentlichen anlässlich der am 13. Oktober 2005 tagenden Berliner Abschlusskonferenz des besagten Projektes folgendes Manifest:

Der Europarat hat für 2010 das Ziel gesetzt, eine Steigerung der Beschäftigungsrate für ältere Menschen auf mindestens 50 Prozent zu erreichen, um so der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Diese Entscheidung geht einher mit den Bemühungen der EU-Mitgliedsstaaten, die politischen Rahmen und sozialen Lebensbedingungen dieser Altersgruppe zu verbessern und deren Potenziale für Wirtschaft und Gesellschaft zu aktivieren.

Der Konferenz „Zukunft ist Erfahrung plus Mobilität“ lagen fünf Leitbilder zugrunde. Im Ergebnis der Diskussion legt das Forum der TeilnehmerInnen der europäischen Öffentlichkeit folgende Thesen vor:

1. Altersdiskriminierung ist über die Gültigkeit der Menschenrechte grundsätzlich ausgeschlossen, jedoch sollte die Gesellschaft durch eine Belebung der Kommunikation zwischen den Generationen das eher negativ akzentuierte Altersbild überwinden, um so die kulturell-soziale Identität der alten Menschen neu zu definieren.

2. Die kulturell-soziale Identität der Älteren ist die Voraussetzung zur Förderung einer (wieder) verbesserten Integration älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dem dient die Förderung und der Aufbau generations- und länderübergreifender Dialog- und Arbeitsstrukturen, wie sie das Projekt „Promoting Intra-European Mobility for Elderly“ beispielhaft darstellt. Entscheidend ist dabei die Verknüpfung der Erfahrung der Älteren mit den Kenntnissen der Jüngeren.

Die interkulturelle Öffnung der europäischen Gesellschaften sollte auch die spezifischen Bedürfnisse von Älteren mit Migrationshintergrund berücksichtigen (Überwinden der Sprachbarrieren, die Sensibilisierung für kulturelle und religiöse Gegebenheiten).



3. Die Zielsetzungen der EU bezüglich der breit verstandenen Mobilität der Älteren setzt eine Kohärenz in den Politiken seiner Mitgliedsstaaten im Umgang mit den Generationen 55plus voraus. Neben dem Aus- bzw. Aufbau von Seniorenvertretungen und Altenparlamenten ist ein guter Altersmix in allen Parlamenten einschließlich des Europarlamentes eine Voraussetzung dafür.

4. Rahmenbedingungen für die dauerhafte soziale Integration aller Gesellschaftsmitglieder und zur Prävention von Ausgrenzung sind Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen (Barrierefreiheit) sowie eine Infrastruktur, die den Bedürfnissen der Menschen jeden Lebensalters (auch Kindern) entsprechen. Diese müssen mit sozialen Freiräume kombiniert werden, um altersadäquat arbeiten und leben zu können.

Es muss einen Wandel im Verständnis von Gesundheit geben – die traditionelle, rein medizinisch orientierte Gesundheitsvorsorgung muss ergänzt werden durch eine präventionsorientierte Ausrichtung, die im Bedarfsfall zu einer qualifizierten Pflege und Betreuung fortgeführt werden kann.

5. Bessere Ausbildung, eine stabilere Gesundheit und höhere finanzielle Ressourcen sind wichtige Voraussetzungen für die erfolgreiche Nutzung von Bildungsangeboten im Alter. Die Beschäftigungsförderung muss lebenslauforientiert und altersneutral erfolgen und sich in Zukunft (wieder) mehr der Einstellung und Qualifizierung älterer Menschen widmen. Permanente, individuelle Bildungsangebote müssen mit solchen kollektiver und intergenerativer Natur kombiniert werden. Das Lebensalter als Kriterium für die Sozialauswahl bei Kündigungen muss relativiert werden, da es die Reintegration älterer Arbeitsloser erheblich erschwert.

Von Berlin geht so der Appell aus, dass sowohl die Nationalstaaten als auch Europa weiterhin an Instrumenten für eine abgestimmte Altenpolitik, an Dialogstrukturen zwischen den Völkern und Generationen für die (Wieder)Integration der Generationen 55plus arbeiten müssen. Nur so sind die ehrgeizigen Ziele der Stockholmer Europaratstagung zu erreichen.

Die Veranstalter danken allen an dem EU-Projekt Beteiligten für ihre tätige Mithilfe und die hervorragende Zusammenarbeit.

Vor dem Hintergrund des UN-Papiers „Weltaltenplan“, aus der Reflexion der Konferenzthemen sowie der Beantwortung der Fragestellung, was erwarten wir als ältere Generation (a) von den jüngeren Generationen, (b) der Politik und (c) von uns selbst, entstand im Rahmen der Konferenzergebnisse folgender Anforderungskatalog, der einen beiderseitigen Bewusstseinswandel impliziert:

zu a)

- Bereitschaft, die ältere Generation zu respektieren, Solidarität zu zeigen, mit ihr zu kommunizieren (z.B. über den oder zum Erhalt von Traditionen),
- Bereitschaft von der älteren Generation sowohl zu lernen als auch sie Neues zu lehren und sie zu verstehen,
- Bereitschaft, den Älteren Aufmerksamkeit zu schenken und das von ihnen Geleistete zu würdigen,
- Ehrenamtliches Engagement für Ältere oder/ und zur Vertretung ihrer Interessen aufbringen,

- Bereitschaft, mehr soziales und politisches sowie ökologisches Bewusstsein zu entwickeln, sich für eine Verbesserung der sozialen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen einzusetzen,
- Bereitschaft, sich für Demokratie und ein friedliches Zusammenleben einzusetzen,
- Bereitschaft, generationenübergreifende Lebensgemeinschaften einzugehen (Hausgemeinschaften, gemeinsames Verreisen, gemeinsame Projekte/Vorhaben realisieren).

zu b)

- Bedarf an Integration, d.h. die Gesellschaft sollte die Älteren als gleichwertige und gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder anerkennen,
- Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung ohne Pensions-/ Rentenkürzungen; weniger Steuern für die Alten,
- Rücksichtnahme auf die Erfordernisse und Verbesserung der Arbeitsbedingungen älterer Beschäftigter (längere Erholungsphasen, u.a),
- Infrastruktur an Bedürfnisse der Älteren anpassen (barrierefreier Zugang),
- besondere Unterstützung für Menschen mit schweren bzw. chronischen Erkrankungen,
- besseres Angebot an Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten für Ältere (Bildungszentren, Universitäten für das dritte Lebensalter, offene Zentren),
- keine weiteren Einschnitte bei sozialen, öffentlichen und gesundheitlichen Diensten, bzw. Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten für sozial schwächere Gruppen; Ausbau und Förderung professioneller und ehrenamtlicher Pflege- und Betreuungsleistungen,
- öffentliche Bereitstellung von Einrichtungen, die die Möglichkeit des Zusammenlebens der Generationen bieten,
- Förderung internationaler Beziehungen und Verhandlungen auf einer gleichberechtigten Basis.

zu c)

- Bereitschaft, die Mentalität der jüngeren Generation zu respektieren und zu tolerieren und offen für den Dialog mit der jüngeren Generation zu sein,
- Bereitschaft, das Wissen und die Erfahrungen der Älteren an die jüngere Generationen weiterzugeben,
- die Älteren sollten sich aktiv an (lokalen) politischen Entscheidungsprozessen und am sozialen Leben (z.B. durch generationsüberschreitende Kiezbündnisse, Tauschringe, Ehrenämter, Nachbarschaftshilfe, bestehende soziale und familiäre Netzwerke pflegen) beteiligen und ihr jeweiliges soziales Umfeld dazu motivieren,
- Selbstbestimmte Lebensgestaltung praktizieren und einfordern.